

## Harold James

# HANS-WERNER SINN, KASSANDRA UND DIE LESBOS-REGEL DES ARISTOTELES



**Harold James** ist Claude and Lore Kelly Professor für Europäische Studien an der Princeton University. Er ist Autor des Buches *Making the European Monetary Union* (2012). 2004 erhielt er den Helmut-Schmidt-Preis für Wirtschaftsgeschichte, 2005 den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik.

Hans-Werner Sinn ist der mit Abstand einflussreichste deutsche Ökonom der vergangenen 25 Jahre, und es ist eine Freude, seinen substanziellen positiven Einfluss auf den wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs und die Politik in Deutschland zu würdigen. Er hat in vielen Bereichen herausragende Beiträge geleistet – insbesondere zu den Kosten der deutschen Wiedervereinigung in den 1990er Jahren, zu der deutschen Wirtschafts- und Industriestruktur, zum Versuch der Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen und erst kürzlich zu den Kosten der Europäischen Währungsunion. Seine Herangehensweise beruht auf soliden ökonomischen Gedankengängen und folglich auf der rigorosen Anwendung logischer Prinzipien. Oft allerdings erscheint er als leibhaftige Cassandra, die Prophetin, deren Warnungen nicht ernst genommen werden.

Zum Teil ist dies der Tatsache geschuldet, dass die Logik der Cassandra naturgemäß den Ökonomen zufällt: Deren Aufgabe ist es, einen

glaubhaften vereinfachten Analyserahmen zu schaffen, der die Identifikation eines zentralen Problems ermöglicht. Im Fall Hans-Werner Sinns besteht dieser Analyserahmen in der Berechnung von impliziten Zahlungsverpflichtungen und oftmals auch in der Analyse der Logik kumulativer Transferzahlungen, häufig mit dem Ergebnis der Aufdeckung einer »Falle«. Deutschland wurde in der Vergangenheit durch verschiedene Entscheidungen in die Falle gelockt; in Bezug auf Lohnsetzungsprozesse, in Bezug auf die ehemalige DDR oder durch die Ankündigung von CO<sub>2</sub>-Zielen. Oder durch das Target-2-System zum Ausgleich von Zahlungsbilanzen innerhalb der Eurozone, wodurch deren Kernländer in eine Falle geraten sind, in der sie kontinuierlich fiskalische Transfers leisten müssen, um den Wert ihrer Forderungen zu erhalten.

Fallen zu identifizieren ist von Natur aus unbeliebt – aus politischer wie aus intellektueller Sicht –, denn aus ihnen auszubrechen scheint

radikale Maßnahmen zu erfordern. Politiker bevorzugen, sich durchzuwinden, und tendieren dazu, harte Entscheidungen zu vermeiden, die zwangsläufig zum Verlust eines Teils ihrer Wählerschaft führen. In der akademischen Sphäre begegnen Politologen Auftritten von Cassandra tendenziell mit Ablehnung. Wenn überhaupt, tendieren sie zur Rolle des Dr. Pangloss und glauben, dass alles nur zu unserem Besten ist, in der besten aller möglichen Welten. Oder, um es mit Hegel zu sagen, dass die Äußerung des Wirklichen das Wirkliche selbst ist.

Auch aus historischer Sicht ist die Erfolgsbilanz von Ökonomen, denen es gelungen ist, zahlreiche Mitstreiter zu einer öffentlichen Stellungnahme über etablierte Ansichten der Disziplin zu bewegen, eher bescheiden. Der wohl bekannteste Fall ist der Aufruf von 1028 US-Ökonomen gegen den Smoot-Hawley-Zoll im Jahr 1930. Dieser schaffte es zwar auf die Agenda des Kongresses, hatte aber keinen sichtbaren Einfluss auf die Politik. Kein ernstzunehmender Ökonom würde die Glaubhaftigkeit der grundlegenden Argumente für freien Handel in Zweifel ziehen. Aber im Rückblick herrscht unter Wirtschaftshistorikern Konsens, dass der Zoll nicht für die Ausbreitung der Großen Depression verantwortlich gemacht werden sollte.

Weitere berühmte Erklärungen kollektiven ökonomischen Wissens, wie der Brief 364 britischer Ökonomen an die *London Times*, in dem sie Margaret Thatchers Deflations- und Austeritätspolitik verdammen, wirken retrospektiv fragwürdig. In der Tat haben einige der Unterzeichner eingestanden, dass der Wechsel zu einem deflationären Regime genau das war, was das Vereinigte Königreich damals brauchte. Die Appelle von 160 bzw. 172 deutschen Ökonomen gegen die europäischen Rettungsmaßnahmen im Jahr 2012 geben ein ähnliches Bild ab: Logisch korrekt dargestellt, aber irrelevant in Bezug auf die Frage, wie angesichts

eines drohenden Kollapses des Finanzsystems das Vertrauen in eine Lage zurückgewonnen werden könnte, die jederzeit in ein schlechtes Gleichgewicht umkippen konnte.

Die Fixierung auf ein einzelnes großes Problem – zusammengefasst in einem umfangreichen Statement – übt oftmals weniger Einfluss auf die Politik aus als die Diskussion und Präsentation einer Reihe von Optionen. Debatte und Diskussion leben von der sorgfältigen Betrachtung der Unterschiede vielfältiger Lösungsansätze.

Hans-Werner Sinn denkt richtigerweise über sichere Regelwerke zur Eindämmung von moralischem Fehlverhalten und zur Durchsetzung des Verantwortungsprinzips nach. In dieser Hinsicht übernimmt er die Kernaussage der deutschen ordoliberalen Tradition, obwohl er grundsätzlich ein pragmatischer Denker ist. Hier liegt jedoch ein altes Problem, das bereits Aristoteles benannte. In der Nikomachischen Ethik legt er die Logik der dehnbaren Regel dar. Er betrachtet sie analog zur Blei-(anstatt zur Eisen-)Regel, die die Bildhauer von Lesbos nutzten: »Wenn also das Gesetz eine allgemeine Bestimmung trifft, ein einzelner Fall aber vorkommt, auf den die allgemeine Bestimmung nicht passt, dann ist es ganz angemessen, da wo der Gesetzgeber versagt und mit der allgemeinen Bestimmung dieser Art den besonderen Fall nicht getroffen hat, das von ihm Übersehene zu ergänzen durch einen Spruch, wie ihn der Gesetzgeber selbst fällen würde, wenn er zugegen wäre, und wie er die Bestimmung getroffen haben würde, wenn er den Fall vorausgesehen hätte.« Es kann gut sein, dass achtsame Verhandlung nachhaltige Flexibilität – Aristoteles' Lesbos-Regel – nicht in eine Falle führt, sondern einen Ausweg aus Situationen bietet, die entstehen, wenn einst geschaffene Regeln zu rigide geworden sind.